



Schacht Konrad Erfolgreiche Einwendungskampagne

Nicht nur die imponierende Zahl von über 250.000 Einwendungen (unseres Wissens die zweithöchste nach der 2. TEG zur WAA Wackersdorf) macht den Erfolg der Einwendungs-Kampagne aus. Die Auslegung der Planunterlagen konnte genutzt werden, um in der Region in ganz neuen gesellschaftlichen Bereichen die Auseinandersetzung um die KONRAD-Problematik (und oft auch um die Entsorgungs- und Atomenergieproblematik insgesamt) zu initiieren. Ganz grob geschätzt kamen ca. 100.000 Einwendungen von außerhalb der Region. Obwohl SCHACHT KONRAD bei weitem nicht so bekannt war (und ist) wie Wackersdorf, konnten bundesweit Viele mobilisiert werden.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit waren die Gewerkschaften und Betriebe in der Region. So wurde in vielen Betrieben (insbesondere in den grossen Metallbetrieben in Salzgitter) speziell auf die betrieblichen Belange zugeschnittene Einwendungen formuliert und von den Vertrauensleuten aktiv Einwendungen gesammelt. Bei VW Salzgitter z.B. fanden sieben Vertrauensleutesitzungen (je ca. 1 1/2 Stunden) zum Thema KONRAD (mit einem Referat der AG SCHACHT KONRAD) statt. Das VW-Werk liegt direkt neben dem Gelände der Stahlwerke, auf dem die Schachtanlage KONRAD steht; alle Atommülltransporte zum SCHACHT KONRAD würden unmittel-

bar am Werkszaun von VW entlanglaufen. Bei einem möglichen Transportunfall, so die Argumentation in der Einwendung, müßte ggfs. das Werk evakuiert werden. Bei VW unterschrieben letztlich mehr als 50% der Belegschaft eine Einwendung.

Die IG Metall unterstützte die Kampagne durch viele praktische Maßnahmen und eigene Aktivitäten. Es gab so etwas wie „belebende Konkurrenz“ zwischen den verschiedenen Betrieben, wo mehr Einwendungen gesammelt wurden. Das Ganze bekam eine Eigen-dynamik, so daß sich auch andere Gewerkschaften (und deren Funktionäre) in anderen Orten gezwungen sahen, was gegen KONRAD zu machen. Der Vorsitzende der DGB Kreis-Region Braunschweig bekam von allen Einzelgewerkschaften das Mandat, eine Einwendung zu erheben; ausgenommen die IG Bergbau und Energie und z.T. die Gewerkschaft der Polizei. Der DGB wäre ggfs. auch bereit zu klagen.

Auch die eher konservativ geprägten Landwirte machten eigene Veranstaltungen und beteiligten sich mit Schleppern und Transparenten an der Auftaktkundgebung und der Übergabe der Einwendungen. Das Landvolk hat schon seit mehreren Jahren Kritik an SCHACHT KONRAD erhoben; es war aber das erste Mal, daß sich so viele Landwirte in dieser Weise öffentlich gegen KONRAD bekannt haben. Viele kirchliche Gruppen haben seit Jahren den Diskussionsprozeß innerhalb der Kirche

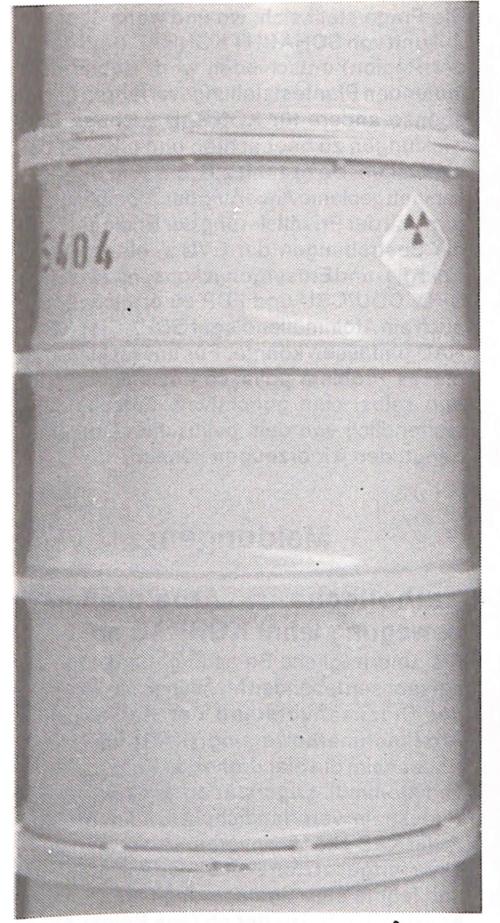
über SCHACHT KONRAD angeschoben. Passend zur Auftaktkundgebung am 25. Mai 91 in Salzgitter-Bleckenstedt verabschiedete die Synode der Braunschweiger Landeskirche einen klaren Beschuß gegen SCHACHT KONRAD; und das, obwohl eigens Dr. Viehl vom Bundesamt für Strahlenschutz dabei war, um genau das zu verhindern.

Außerdem Kommunen der Region haben auch andere Kommunen (insgesamt ca. 20) fristgerecht Einwendungen gegen SCHACHT KONRAD erhoben. Insbesondere die Kommunen, die Mitglied der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD sind, führten darüber hinaus eigene Aktivitäten durch. Die Stadt Braunschweig war eine der ersten, die eine Einwendung und bot eine Beratung für interessierte Bürgerinnen und Bürger an. Zu einer Podiumsdiskussion von der Stadt mit Pro- und Kontra-Vertretern kamen über 500 Leute in den überfüllten Saal der Stadthalle. Die Gemeinden Lengede und Vechelde führten Bürgerversammlungen zu diesem Anlaß durch und ließen entsprechende Tafeln an den Orts-eingängen gut sichtbar aufstellen.

Verschiedene Gruppen haben in unterschiedlichen Medien Anzeigen geschaltet, u.a. von Greenpeace eine halbseitige in fast allen überregionalen und lokalen Zeitungen. In vielen Orten der Region wurde die KONRAD-Zeitung flächendeckend verteilt (2 Auflagen a'120.000 Ex.). Ungeahnt viele GeschäftsinhaberInnen waren bereit, Plakate in ihre Schaufensterläden zu hängen und Listen auszulegen. Trotzdem haben wir längst nicht alle Möglichkeiten genutzt, Menschen direkt zu erreichen. Die zweimonatige Fristware einfach sehr knapp und reichte auch noch in die Sommerferien hinein.

Die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD rüstete zwei INFO-Busse aus, die in dieser Zeit fast ständig, meist außerhalb der Region, im Einsatz waren. In mehreren bundesweiten Rundbriefen (über 1.000 Adressen) haben wir über den neuesten Stand informiert und Aktivitäten vorgeschlagen. Der INFO-Bus war Mittelpunkt von 80-100 Aktivitäten (Infostand, Pressegespräch, Fahrraddemo, Sternritt) an ca. 50 Orten in der gesamten Republik. Vor Ort waren es Greenpeace-Kontaktgruppen, BUND-Kreisgruppen, GRÜNE Kreisverbände, Elterninitiativen oder sogar Einzelne, die die Aktionen angeleitet und getragen haben. In einigen Städten waren es auch noch „alte Bl'ler“; doch spulten die Aktionen eher pflichtmäßig und frustriert ab.

Eine grundlegende Schwierigkeit, die auch wir, trotz aller guten Erfahrungen, nicht lösen konnten, war, daß es offenbar nicht mehr oder zur Zeit nicht möglich ist, viele Leute zu einem Zeitpunkt an einen Ort für eine Aktion zusammenzubringen. So kamen zur Auftaktkundgebung ca. 1.-2.000 Menschen auf den Sportplatz nach Salzgitter-Bleckenstedt, wesentlich weniger, als viele von uns erwartet hatten. Aufgrund dieser Erfahrungen haben wir mehr und mehr auf Qualität als auf Quantität gesetzt. Bei der abschließenden Übergabe-Aktion sollte möglichst sinnbildlich deutlich werden, aus welchen Bereichen Ein-



wendungen gekommen sind. Mit der „Einwendungs-Lawine“, die am 13. Juli vom SCHACHT KONRAD nach Hannover rollte, ist uns dies u.E. ganz gut gelungen. Über 50 Schlepper und andere Fahrzeuge bildeten einen über 2 km langen imposanten Konvoi. Die Übergabe der Einwendungen direkt vor dem Umweltministerium an Monika Griefahn war der Höhepunkt der Presseresonanz. Umringt von zahlreichen JournalistInnen wurden von ca. 30 Gruppen und Organisationen die gesammelten Einwendungen und die mit viel Phantasie gestalteten sinnbildlichen Einwendungen mit kurzen Ansprachen überreicht; sou.a.: (Atommüll-)Kloschüssel, Fässer, ein Stück Zaun vom AKW Stendal, eine Tür, ein 40m langes Bettlaken, eine Eisenbahnschwelle, ein Auto, ein Rollstuhl.

Auf jeden Fall hat sich die (hauptamtliche) Struktur der Arbeitsgemeinschaft voll bewährt. Entgegen dem bundesweitem Trend gründeten sich mit Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft neue Initiativen in mehreren Orten der Region. Durch die gemeinsame Verbindung zur Arbeitsgemeinschaft und die deshalb mögliche gemeinsame Darstellung des gesamten Spektrums des Widerstandes und der Kritik an dem Projekt war die Wirkung nach außen und innen sehr viel größer als wenn alle nebeneinander gearbeitet hätten. Es konnten Potentiale (AKW-GegnerInnen in allen gesellschaftlichen Bereichen und eine grundlegende Ablehnung der Atomenergie bei der Mehrheit der Bevölkerung) freigesetzt werden, die durch jahrelange Arbeit der früheren Bl's entstanden sind und die nur von den Bl's herkömmlicher Prägung nicht mehr erreicht werden (können).

Was passiert mit den Einwendungen?

Das Niedersächsische Umweltministerium (NMU) muß als Genehmigungsbehörde alle Einwendungen dokumentieren (Anschrift und Einwendung); und war Mitte November noch dabei. Die „Träger öffentlicher Belange“ (Kommunen, Landvolk, Kirche, DGB, anerkannte Naturschutzverbände, usw.) haben noch längere Zeit, ihre Einwendungen einzureichen. Ende Oktober sind z.B. die beiden Gutachten für die Stadt Salzgitter (von der Gruppe Ökologie und von Pieles & Gronemeyer) fertig geworden, die Anfang '92 auf einer öffentlichen Ausschusssitzung vorgestellt werden sollen. Auch die darauf aufbauende Einwendung der Stadt Salzgitter muß erst noch ausgewertet werden. Darüber hinaus will das NMU in Kürze Gutachten zur Umweltverträglichkeitsprüfung und zur Langzeitsicherheit vergeben.

Auf der anderen Seite legen sich die Beamten, die noch unter Albrecht auf Pro-Atom-Kurs waren, mächtig in's Zeug, damit das Verfahren möglichst schnell abgewickelt wird. In einem ersten informellen Gespräch hat uns der neue Staatssekretär Jan-Hendrik Horn (Nachfolger von Peter Bulle) erklärt, daß der Erörterungstermin seiner Meinung nach in Salzgitter und wahrscheinlich erst in der zweiten Hälfte 1992 stattfinden wird (bis jetzt war immer das „1. Quartal 1991“ genannt worden). Töpfer wird bei den „monatlichen Statusgesprächen zu KONRAD“, die mit der Weisung vom Frühjahr 1991 festgelegt wurden, auf's Tempodrücken. Entscheidend wird sein, ob das NMU ein Konzept entwickelt, wie die Koalitionsvereinbarungen umgesetzt werden sollen. In die andere Richtung weist da das Ergebnis einer „interministeriellen Arbeitsgruppe“, daß die Landesregierung bei den Entsorgungsprojekten Gorleben, Schacht

Konrad und Asse II letztlich keine (rechtliche) Möglichkeit gegen den Bund hat.

Alle Menschen und Organisationen, die fristgerecht eine Einwendung erhoben haben (unabhängig in welcher Form), haben sich damit das Recht gesichert, beim Erörterungstermin ihre Einwendungen noch einmal mündlich zu erläutern und ggfs. zu konkretisieren (und ggfs. später zu klagen). Das Atomgesetz legt nicht fest, wann dieser Termin stattfinden und wie lange er dauern muß. Das NMU will eine Räumlichkeit für ca. 1.000 Leute vorsehen (ca. 500.000 Menschen - incl. der Sachbestände - könnten theoretisch Einlaß begehen). Da es in der Region an geeigneten Räumlichkeiten fehlt, bzw. diese ausgebucht sind, plant das NMU, an einem Ort in der Region ein Zelt oder eine Leichtbauhalle aufzustellen. Das NMU wird - aus den eingegangenen Einwendungen - einen Themenkatalog erstellen, der dann auf dem Erörterungstermin innerhalb von ca. 4 Wochen abgearbeitet werden soll.

Unabhängig vom KONRAD-Verfahren hat das NMU ein „Endlager-Hearing“ geplant, dessen Ergebnisse für den Planfeststellungsbeschuß berücksichtigt werden sollen. Planung und Vorbereitung dieses Hearings, das nach dem Vorbild des Gorleben-Hearings 1979 ablaufen soll, liegen bei dem Beirat, der sich offiziell aber erst im Dezember konstituiert. So ist es fraglich, ob der angekündigte Termin „Sommer 1992“ realisiert werden kann. Außerdem war angekündigt, daß das NMU - ähnlich wie zur Müllproblematik - ab Oktober 1991 eine Anzeigen-Kampagne zum Thema „Ausstieg aus der Atomenergie“ startet. Bis heute war davon noch nichts zu sehen.

Über 250.000 Einwendungen - Wie geht's weiter?

Nach dem eindeutigen und eindrucksvollen

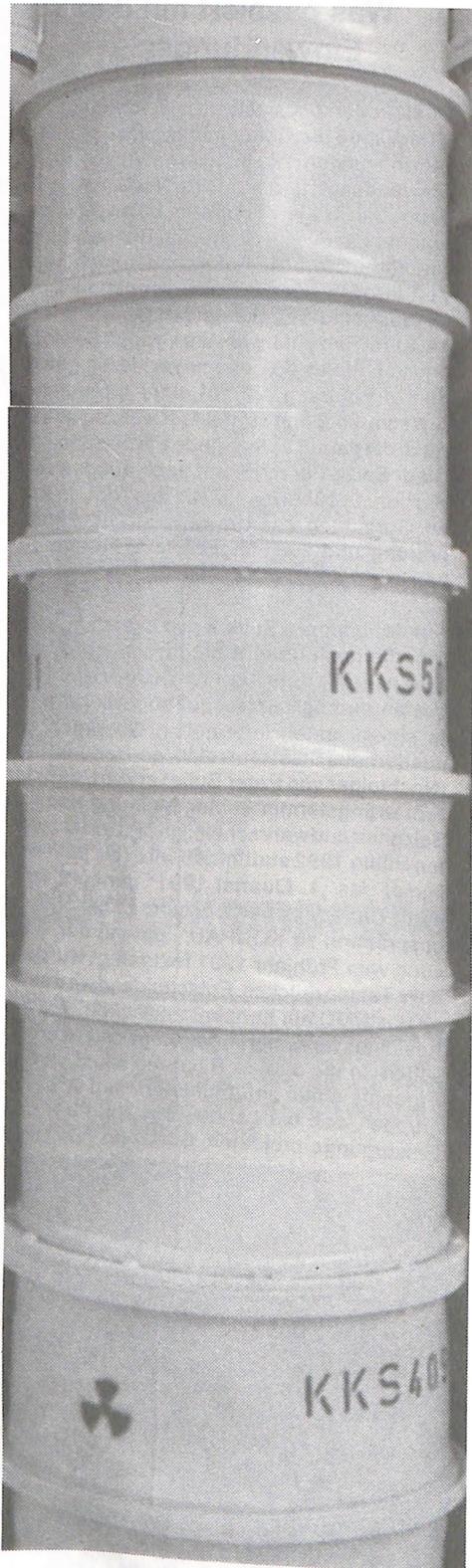


Votum gegen das geplante Atommüllendlager SCHACHT KONRAD in Salzgitter durch die über 250.000 Einwendungen habend die Energieversorgungsunternehmen (EVU) als erste reagiert: Nach Informationen von Greenpeace wollen die EVU's in Greifswald zwei neue Zwischenlager bauen: Eines für 10.000 t abgebrannte Brennelemente und eines für 200.000 Kubikmeter schwach- und mittleradioaktiven Müll. Offenbar rechnen die EVU's nicht mehr ernsthaft mit dem von der Bundesregierung angepeilten Termin „1995/96“ für den Beginn der Einlagerung im SCHACHT KONRAD. Um nicht in Gefahr zu geraten, wegen des immer prekärer werdenden „Entsorgungsnotstandes“ ggfs. Atom anlagen abstellen zu müssen, will man sich mit diesen neuen Zwischenlagern erstmal Luft verschaffen für die Durchsetzung von SCHACHT KONRAD. Auch das Festhalten am völlig maroden Atommüllendlager Morsleben ist ein Indiz dafür, daß auch die Bundesregierung sich auf Verzögerungen bei der Durchsetzung von KONRAD vorbereiten will.

Schon bei der Übergabe der Einwendungen im Rahmen der „Einwendungslawine“ am 13. Juli forderte die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD Bund und Land auf, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Region ein Atommüllendlager SCHACHT KONRAD nicht will und entsprechende Konsequenzen zu ziehen, wollen sie den sozialen Frieden nicht mutwillig gefährden. Die Arbeitsgemeinschaft fordert insbesondere alle Gruppen und Organisationen auf, die Einwendungen erhoben oder gesammelt haben auf, sich Konsequenzen für den Fall zu überlegen, daß das Verfahren weitergeführt und letztlich ggfs. sogar eine Genehmigung erteilt wird. Auf dem Treffen am 10.12.91 wollen die „Träger öffentlicher Belange“ eine gemeinsame öffentlichkeitswirksame Briefaktion an Töpfer starten, der sich andere Gruppen anschließen können. Als zweite Stufe, falls Töpfer nicht oder unzureichend antwortet, ist geplant, ihn - zumindest mit einer Delegation - direkt in Bonn aufzusuchen.

Unabhängig vom Erfolg dieser Aktion ist es wichtig, neben den Aktivitäten in und zum Planfeststellungsverfahren eine eigenständige Argumentation und entsprechende Aktivitäten zu entwickeln. Wenn man sich zu sehr auf das Verfahren konzentriert, besteht die Gefahr, daß man sich in Details verzettelt. Ziel sollte sein, ein Selbstbewußtsein zu entwickeln nach dem Motto „Wir wollen KONRAD nicht, basta“. Um das zu stärken, wollen wir uns nicht ausschließlich und sofort auf die Vorbereitung des Erörterungstermins stützen, sondern den Erfolg der Einwendungs-Kampagne ausnutzen.

Konkret will die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD die (neugewonnenen) Kontakte pflegen und ausbauen. So sind zahlreiche Veranstaltungen geplant, die die Kritik an KONRAD und dem Atomprogramm insgesamt vertiefen sollen. Neben mehreren Bildungsurlauben - gemeinsam mit gewerkschaftlichen Trägern - ist auch ein KONRAD-Seminar mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) geplant. Dort soll es speziell um die (möglichen) radioaktiven Belastungen im Dienstgehen (bei Trans-



portunfällen, Katastrophen, etc.) und die völlig unzureichenden minimalen Schutzmaßnahmen. In mehreren Rathäusern wird eine (Wander-)Ausstellung der interessantesten Einwendungen zu sehen sein, die das NMU den Kommunen in der Region auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD angeboten hat. Falls es dennoch zum Erörterungstermin kommen sollte, wird die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD eine ähnliche Kampagne wie zur Auslegung der Planunterlagen starten.

Die Frage stellt sich, wo und wann über die Zukunft von SCHACHT KONRAD (und damit der Region) entschieden wird. Neben dem laufenden Planfeststellungsverfahren gilt es ebenso andere für KONRAD wichtige Entwicklungen zu beobachten und ggfs. zu beeinflussen. Dazu zählt z.B. die vom Bundeskabinett geplante Änderung des Atomgesetzes (u.a. mit der Privatisierung der Endlager) und die Bestrebungen der EVU's, einen neuen Energie- und Entsorgungskonsens zwischen SPD, CDU/CSU und FDP zu erreichen, der auch ein Atommüllendlager SCHACHT KONRAD umfassen könnte. Für uns ist klar, daß dieses Problem politisch entschieden wird und selbst eine gerichtliche Entscheidung letztendlich von dem politischen Druck abhängt, den wir erzeugen können.

Meldungen:

Katholische Arbeitnehmerbewegung lehnt KONRAD ab

Als „unerträgliche Belastung“ für die in Niedersachsen lebenden Menschen bezeichnete der Diözesanvorstand der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) im Bistum Hildesheim die hier drohende Konzentration von Atommüll-Lagerstätten. In seiner jetzt in Hildesheim veröffentlichten Erklärung warnte der KAB-Diözesanverband vor den Folgen einer fortgesetzten Produktion von Atommüll und lehnte eine Endlagerung im SCHACHT KONRAD in Salzgitter ab (aus Peiner Allgemeinen Zeitung vom 2.10.91)

Veränderungen nach der Kommunalwahl

Die Ergebnisse der Kommunalwahl brachten in vielen Kommunalparlamenten neue Mehrheiten zustande. In Salzgitter verlor die SPD ihre absolute Mehrheit und hat mit den GRÜNEN einen Koalitionsvereinbarung unterzeichnet. Bezuglich KONRAD einigten sich SPD und GRÜNE darauf, einen „unverzüglichen Abbruch des Planfeststellungsverfahrens zu erreichen“. Sollte Töpfer auf diese Forderung nicht eingehen, will die Koalition weitere Gutachten einholen (z.B. zu den Transportrisiken). Die AG SCHACHT KONRAD soll finanziell, auch z.B. bei einem evtl. Musterprozeß unterstützt werden.

Auch im Landkreis Peine verlor die SPD ihre absolute Mehrheit und hat mit den GRÜNEN ein Bündnis geschlossen und vereinbart, daß der Landkreis (als vierte Kommune) der AG SCHACHT KONRAD beitritt. In Braunschweig gibt es nach einer rot-grünen Mehrheit jetzt ein Ampelbündnis. Obwohl konkrete Aussagen fehlen, scheint die ablehnende Position der Stadt gegen KONRAD nicht in Gefahr. In der Gemeinde Vechelde kann sich die CDU - nach Verlusten von der SPD und Gewinnen von den GRÜNEN - auf eine solidere Mehrheit (mit der FDP) als vor der Wahl stützen. Alle Parteien haben in Vechelde mit einer Position gegen SCHACHT KONRAD den Wahlkampf geführt.

Claus Schröder - Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD